

DER BREMER ANTIFASCHIST

0,50 €

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V.

Juli/August 07/08 2008

Überfallene Wohngemeinschaft in Vegesack unterstützt

Angesichts der Überfälle durch neofaschistische Gruppierungen und Personen im Februar hatte das „Bremer Bündnis gegen Rechts“ zu Spenden aufgerufen, um die überfallenen Einrichtungen materiell unterstützen zu können. Unterschiedliche fortschrittliche Einrichtungen in Bremen standen im Visier von Neonazis, so das Lidicehaus, der Infoladen in der St. Pauli-Straße und eine Punker-WG (genannt U-Shop) in Vegesack. Der Wohngemeinschaft in der Uthhoffstraße überreichte Raimund Gaebelein vom Bündnis gegen Rechts jetzt einen Spendenscheck über 599,60 EUR als Ausgleich für die Reparatur



Nummer 123268306.

Das „Bremer Bündnis gegen Rechts“ hat am 04. November 2006 erfolgreich gegen das Auftreten der NPD in Bremen protestiert. Wir bleiben braunen Umtrieben weiter auf den Fersen. Wir thematisieren das Tragen von Klamotten mit eindeutigen braunen Symbolen. Wir warnen davor, mit rechter Musik den Nachwuchs empfänglich für Neonazi-Gedankengut zu machen. Wir machen Naziakti-

verglasung (siehe Foto). Das Bündnis stellt sein Spendenkonto für weitere Aktionen zur Verfügung: E. Lentz, Postbank Hannover, BLZ 25010030, Konto-

vitäten in Bremen öffentlich. Weitere Informationen:

Raimund Gaebelein, 0421- 6163215 bzw. 0173-9350476

Bremen-Nord gegen Rechts

Der Club der roten Dichter rief am 31. Mai 2008 zu einer Demonstration gegen Rechts in Bremen-Nord auf. Dem Aufruf folgen ca. 600 - 800 Teilnehmer und fast doppelt so viele Polizisten. Auf Grund polizeilicher Auflagen, es mussten genug Ordner gestellt werden, verzögerte sich der Start der Demonstration ziemlich. Es ging bei strahlendem Sonnenschein quer durch Blumenthal. An verschiedenen Haltepunkten konnten wir Reden von Gerd Rolf Rosenberger (BAL), Gerd Meyer (Friedensschule), Tanja K. (Club der roten Dichter), Raimund Gaebelein (Bremer Bündnis gegen Rechts), Ladenschluss, Marco K. (Club der roten Dichter) und Walter Metag (Friedensini) hören.

Bis auf kleinere Rangeleien auf beiden Seiten, die Polizisten kesselten die Antifas ziemlich ein, einige Knallkörper wurden gezündet, verlief die Demonstration friedlich. Auf Grund der hohen Temperaturen wurden die Demonstranten von der Polizei und Anwohnern an der Strecke mit Getränken versorgt.

Den ostholsteinischen Polizisten war es sichtlich unangenehm, dass ältere Demonstranten zwischen den sehr jungen Antifas und drängelnden Polizeiketten liefen. Die Musik des Lautsprecherwagens hätte etwas leiser sein

dürfen und die Anwohner mehr über den Zweck der Demonstration informiert werden können. Es soll nächstes Jahr eine Wiederholung der Demonstration geben.

Marion Bonk

Bunker Valentin als nationale Gedenkstätte anerkennen

„Der Bunker Valentin ist nicht irgendeine beliebige Immobilie. Er hat eine unsägliche Geschichte: 12.000 Zwangsarbeiter mussten dort täglich auf der Baustelle arbeiten, 4.000 Menschen sind gestorben. Da die Zeitzeugen immer weniger werden, ist der Bunker Valentin als Gedenkstätte umso wichtiger: Dieser Bunker muss als lebendiger Erinnerungsort aufrechterhalten bleiben“, erklärte Klaus Möhle, Vize-Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen, in der aktuellen Stunde zur Anerkennung des Bunkers als nationale Gedenkstätte. Bekanntlich nutzt die Bundeswehr das

monströse Bauwerk, das ein sichtbares Symbol für die menschenverachtende Vernichtungs- und Eroberungspolitik der Nationalsozialisten ist, nur noch bis 2010 als Materiallager. Der Bund will die jährlich 700.000 Euro für den Unterhalt des Bunkers nicht mehr aufbringen. Deshalb steht er bereits zum Verkauf. *„Der Bunker Valentin ist keine rein bremische Angelegenheit, sondern ein einzigartiges Denkmal von nationaler Bedeutung. Der Bund muss seine Verantwortung anerkennen“*, so Klaus Möhle.

Bremer Friedensforum

Kommunistengedenken im Einkaufszentrum?

70 Bremerinnen und Bremer, viele von ihnen aus dem Stadtteil, trafen sich am 12. Juni in der Stadtbibliothek West. Eine im Februar gebildete Initiative um den Gröpelingener Arzt Hans-Joachim Streicher und Ingo Saalfeld (Flüchtlingsinitiative Immanuelgemeinde) hatte eine Reihe bekannter Persönlichkeiten eingeladen, um eines Mannes zu gedenken, dessen Name manchem vielleicht noch aus den Kindertagen bekannt war: Robert Stamm. Der aus dem Bergischen Land stammende Robert Stamm war 1931–33 Leiter des KPD-Bezirks Nordwest und vertrat Bremen 1932/33 als Reichstagsabgeordneter. Als Politischer Sekretär arbeitete er in Hannover und Berlin im Untergrund, zuletzt in der Inlandsleitung der KPD. Mit Max Maddalena und Adolf Rembte wurde er am 27. März 1935 von der Gestapo festgenommen, Rembte und Stamm nach über zwei Jahren Folterung, Verhör und Urteil in Plötzensee hingerichtet. Ihrer wurde zu Beginn der Veranstaltung mit dem Lied der Moorsoldaten gedacht.

Hans-Joachim Streicher erinnerte an die Namensgebung für das von einer Genossenschaft betriebene Haus. Als Entschädigung für erlittenes Unrecht hatten Antifaschisten das frühere Arbeitertanzlokal 1946 von den Alliierten zugesprochen bekommen, wegen Beherrschung der KPD-Bezirksleitung wurde es nach dem Verbot der KPD zehn Jahre später enteignet. Die Genossenschaffer seien Kommunisten hieß es. Altbürgermeister Hans Koschnick erinnerte an den Widerstand im Stadtteil Gröpelingen, an die Verankerung in der Bevölkerung und an die Hausdurchsuchungen, die er selbst als Kind miterlebte. Prof. Dr. Jörg Wollenberg würdigte mit einem Filmdokument die eigenständige Massenarbeit bremscher Kommunisten vor und im Widerstand. Die ersten Jahre nach der Machtübertragung waren gekennzeichnet von Verhaftungen, Verurteilungen und Zerschlagung immer wieder neu gebildeter Führungen. Nicht alle hielten dem Druck stand. Dadurch wurde Robert Stamm Ende März 1935 in Berlin verhaftet. Dokumentaraufnahmen Käthe Poppalls, der ersten kommunistischen Senatorin Bremens, unterstrichen Jörg Wollenbergs Ausführungen über den schwierigen Weg zum gemeinsamen Widerstand von Kommunisten und Sozialdemokraten. Eindrucksvoller Höhepunkt der Veranstaltung war Rolf Beckers Lesung aus den Briefen Robert Stammans aus der Todeszelle. Es ließ keinen der Anwesenden unberührt. Robert Stammans

Neffe Jürgen, Jahrgang 1943, langjähriger IG Metall-Bezirksbevollmächtigter in Stuttgart, schilderte, was er zuhause als Kind über den Widerstand und seinen Onkel

vieltausendfachen antifaschistischen Arbeiterwiderstand. Mit einem knappen Lebenslauf auf dem Sockel soll Robert Stammans gedacht werden, ergänzt durch eine schlichte Plakette der VVN von 1946.

Nicht alle Gröpelingenerinnen und Gröpelingener waren damit einverstanden im ehemaligen Sieler's Ballhaus ausschließlich des kommunistischen Widerstandes zu gedenken. Für die Bevölkerung des Stadtteils war das frühere Arbeitertanzlokal ein gesellschaftlicher Treffpunkt, allen politischen Gruppierungen und Vereinen als Versammlungsort offenstehend. Mit Kriegsbeginn wurde es dem Militär übergeben, fiel 1943 weitgehend den Bomben zum Opfer, erhalten blieb die Eingangsfassade. Gefordert wurde die Aufstellung des Steinkopfes im öffentlichen Raum, am Bibliotheks- oder am Liegnitzplatz, eine Tafel im Eingangsbereich soll die



Susanne Pikullik-Bastians Entwurf einer Skulptur als Symbol für den antifaschistischen Arbeiterwiderstand

erfuhr. Sein eigener Vater überlebte das KZ Börgermoor, zu Zeiten Adenauers waren Polizeirazzien nicht selten. Die Robert-Stamm-Initiative präsentierte den Entwurf eines Mahnmals von Susanne Pikullik-Bastian und Doris Lenkheit, einen überdimensionalen Steinkopf als Symbol für den

Sieler's-Geschichte von den Anfängen im Kaiserreich bis zur Enteignung der Robert-Stamm-Genossenschaft darstellen, eine Begleitbroschüre, regelmäßige antifaschistische Rundgänge mit Schulklassen das Andenken bewahren helfen.

Raimund Gaebelein

Robert Stamm ein Denkmal

Eine dankenswerte Initiative zur Erinnerung an den 1937 hingerichteten kommunistischen Reichstagsabgeordneten Robert Stamm hat der Gröpelingener Arzt Hans-Joachim Streicher im vergangenen Jahr ins Leben gerufen. Ihm geht es darum, „dem ‚stummen‘ Arbeiterwiderstand einen Ort“ zu geben. „Mit dem aufkommenden Antikommunismus des Kalten Krieges und dem KPD-Verbot wurden die Vertreter des Arbeiterwiderstands erneut stumm gemacht, indem sie aus Parlamenten, Redaktionsstuben und öffentlichen Ämtern verbannt wurden.“ Hans-Joachim Streicher versteht unter ‚stumm‘ mundtot gemacht. Angeregt von Heinrich Hannovers Vortrag zum 60. Gründungstag der VVN in Bremen fand auch er es beklagenswert, dass „es für jene kaum offizielle Gedenkfeiern oder Erinnerungsorte im öffentlichen Raum“ gibt, die im Arbeiterwiderstand gegen das Nazi-Regime kämpften. Ziel der Initiative sei es, „den kollektiven Verdrängungsprozess, der (in das) ‚Vergessen‘ der kämpfenden Arbeiter mündet, ... im ‚roten Gröpelingen‘ (zu) durchbrechen. Das ehemalige Sieler's Ballhaus (wurde), obwohl nicht zum Parteivermögen der KPD gehörend in der Adenauer-Zeit enteignet, (und) hatte bis 1956 Robert Stamm's Namen getragen. Deshalb sehen wir hier einen geeigneten

Ort für ein Erinnerungsmal im Zentrum des neu entstehenden Lindenhof-Centers. In unmittelbarer Nachbarschaft zum Denkmal des ‚letzten Werftarbeiters‘, das an die Kämpfe um den Erhalt der AG-Weser-Werft erinnert, kann damit im Herzen von Gröpelingen ein weiterer starker Erinnerungsort der Arbeiterkultur entstehen.“

Das wesentliche Motiv für seine vorbildliche Initiative ist für Hans-Joachim Streicher die Vermittlung positiver Vorbilder in einem von „Armut, Drogen und Bildungsnotstand heimgesuchte(n) Stadtteil ... Die Arbeit mit drogenabhängigen jungen Männern zeigt mir immer wieder, wie verheerend sich die emotionale Abwesenheit der Väter- und Großvätergeneration auf die Charakterbildung auswirkt“. Er ist überzeugt, dass Robert Stamm dabei ein Vorbild sein kann, kam er doch aus Arbeiterkreisen, blieb er doch bis zuletzt seinen Überzeugungen treu. Sein Eintreten für die Einheitsfront, seine letzte Rede auf dem Liegnitzplatz am 25. Februar 1933 bestärken H.-J. Streicher in seiner Überzeugung, „dass viele Menschen ein Robert-Stamm-Denkmal als Mahnung auffassen, gemeinsam den Anfängen zu wehren.“

Die Redaktion

Gegen Grundrechteabbau, Faschismus und Krieg

Bundeskongress der VVN-BdA am 24./25. Mai 2008 in Berlin

Anwesend waren 160 Delegierte zwischen 18 und 95 Jahren aus allen Landesverbänden und angeschlossenen Lagergemeinschaften, darunter sechs Gründungsmitglieder. Die Eröffnungsrede verdeutlichte die Verantwortung, der wir uns im Gedenken an die Befreiung Buchenwalds selbst auferlegen: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg, als Ziel eine neue Welt des Friedens und der Freiheit. Michel Vanderborght, der Präsident der FIR, erinnerte an die Übertragung der Verantwortung an eine jüngere Generation. Symbolisch wurde das im April in Buchenwald mit der Fahngabe an die Enkelin Emil Carlebachs vollzogen. Seinerseits erhielt er auf dem Bundeskongress die FIR-Traditionsfahne der VVN

Chemnitz überreicht. Unter großem Beifall schilderte Romani Rose vom Zentralrat der Sinti und Roma den schwierigen Prozess der Anerkennung als Opfergruppe. Der Kampf um Gerechtigkeit durchzieht seit ihrer Gründung die Arbeit der VVN, betonte auch unser wiedergewählter Bundesvorsitzender Prof. Heinrich Fink in seinem Rechenschaftsbericht mit Verweis auf die Aktivitäten zum G8-Gipfel in Heiligendamm. Unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung werden die Voraussetzungen für die weitere Militarisierung der BRD geschaffen, für einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren.

Viereinhalb Stunden für 35 Anträge plus 12 Änderungen, ganz durchhalten ließ sich das nicht. Aufgrund der Dringlichkeit wurde die Forderung nach einer Weiterführung der Zwangsarbeiter-Entschädigung ebenso angenommen wie ein Appell an die Südafrikanische Regierung, die Wanderarbeiter aus den Nachbarländern vor Übergriffen zu schützen. Lebhaft diskutiert wurde der Leitartikel, der mit ein paar Änderungen angenommen wurde. Die Forderung nach Wiederherstellung und Erhalt demokratischer Rechte fand einmütig Zustimmung. Mit wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen stimmten die Delegierten für den Antrag zur Wiederherstellung des antifaschistischen und antimilitaristischen Konsens'. Zentrale Frage unserer heutigen Arbeit ist die Fortsetzung der NPD-Verbotskampagne. Die Übergabe der 175.000 Unterschriften an den Bundestag war nur der Anfang für eine nachdrückliche Kampagne, um unser Anliegen auch durchzusetzen. Nach Monaten kam ein flaves Schreiben des Petitionsausschusses, in dem auf die Erfolglosigkeit einer früheren Eingabe verwiesen wurde. Der Kongress stand nun vor

der Aufgabe, aus unterschiedlichen Ansätzen eine neue NPD-Verbotskampagne zu entwickeln. Verstärkt geht es um die Her-



ausstellung des Charakters der neofaschistischen Ideologie. Soll der Schwerpunkt aber auf die Abschaltung der Verfassungsschutz-IMs in den NPD-Strukturen gelegt oder verstärkt auf eine Aufklärungsaktion über Naziausstellungsläden und ihre Sozialdemagogie orientiert werden? Die Erarbeitung einer Grundlage für eine neue Kampagne wurde dem Bundesausschuss übertragen. Überlegungen zu einer Revision der Gedenkstättengesetzgebung wurden nun

bundesweit zum Regierungsvorhaben, leicht gewässert, nachdem schon in Sachsen die Vertreter der NS-Opferverbände unter Protest ihre Mitarbeit eingestellt hatten. Die Gleichsetzung der NS-Diktatur mit der DDR, die Mär von der 2. Diktatur wird mit reichlich Fördergeldern unterfüttert. Flucht und Vertreibung werden in erregenden Fernsehsendungen ohne Hintergrund und Ursachenbetrachtung gezeigt. Auch hier wurde der Bundesausschuss mit einer weiteren Konkretisierung einer Gegenkampagne beauftragt.

Erhebliche Diskussionen entspannen sich zur Finanz- und Beitragsordnung. Da aber der Erhalt der Bundesstruktur nur möglich ist, wenn eine Mindestausstattung gesichert ist, wurden die Finanzbeschlussanträge mit großer Mehrheit angenommen. Bis auf drei Mitglieder gehörten die elf gewählten SprecherInnen bereits dem alten Bundessprecherkreis an. Bundesvorsitzende sind Heiner Fink und (wieder) Conny Kerth. Mit dem Moorsoldatenlied schloss der dritte gemeinsame Bundeskongress der VVN-BdA.

Raimund Gaebelin

Ein „Weckruf“ aus Sachsen

„NPD Im Vormarsch“ - „Jede vierte Stimme geht an die Rechtsextremisten“ - „Desaster für die Demokratie“ so hieß es in den ersten Kommentaren zu den Kommunalwahlen in Sachsen vom Sonntag, den 08. Juni. In den Führungskreisen der CDU versucht man abzuwiegeln: „... man sei ja stärkste Partei geblieben“ und dann kommt wieder diese zutiefst demagogische Argumentation: Der Erfolg eines zweiten Verfahrens gegen die NPD sei „wenig aussichtsreich ... ein Verbot würde Rechtsextremismus und Naziideologie nicht aus der Welt schaffen ... notwendig sei die ideologische Auseinandersetzung mit diesen Kräften.“

Wer - angesichts solcher Ergebnisse für die NPD in Sachsen und auch der Zunahme neonazistischer Gewalttaten - so argumentiert, der ignoriert bewusst (!) die damalige Situation. Erich Kästner - „ein Augenzeuge und betroffener Autor“ sagte 1958 auf einem Kongress in Hamburg zur Erinnerung an die Bücherverbrennungen im Jahre 1938: „Die Lehre aus dem was 1933 geschah sei, dass sich drohende Diktaturen nur bekämpfen lassen, ehe sie die Macht übernommen haben ... [und] ... es ist eine Angelegenheit des Terminkalenders, nicht

des Heroismus ... [und] ... man muss den rollenden Schneeball zertreten ehe er zur Lawine geworden ist“ (Zitate aus WK).

Ich möchte hinzufügen: Solche Politiker wie der Innenminister Schäuble ignorieren bewusst die Lehren aus der Geschichte. Sie wollen ihre V-Leute bewusst in der NPD mitarbeiten lassen und nehmen bewusst in Kauf, dass diese zutiefst verfassungsfeindliche Organisation legal bleibt und mit staatlichen Mitteln finanziert wird. Sie brauchen die NPD (wie den immer wieder beschworenen „Islamischen Terrorismus“) heute, um den Ausbau der BRD zu einem Überwachungsstaat zu begründen und morgen, sollte sich die soziale Situation weiter zuspitzen, werden sie nicht zögern, mit der NPD zu paktieren.

Die VVN-BdA hat auf ihrem Bundeskongress Anfang Juni deshalb beschlossen, nach ihrer in 2007 erfolgreichen nonpd-Kampagne jetzt erneut initiativ zu werden für eine breite Bewegung für ein zweites Verbotverfahren gegen NPD und Neonazismus.

Herbert Breidbach

Mitarbeit der Bundeswehr in einer KZ-Gedenkstätte unerträglich

In der KZ-Gedenkstätte Neuengamme ist seit über zehn Jahren ein Team von Museumspädagoginnen und -pädagogen in freier Mitarbeit tätig. Diesem Team gehört jetzt auch ein Berufssoldat der Bundeswehr an. Das wird von den bisherigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als äußerst bedenklich betrachtet. Eine Diskussion darüber wird von den Verantwortlichen abgelehnt. Einer der Mitarbeiter weigert sich deswegen, weiterhin selbst Bundeswehrgruppen pädagogisch zu betreuen. Daraufhin wurde auf seine Mitarbeit verzichtet. Zu den Vorgängen in Neuengamme erklärt das Bremer Friedensforum: „Das Bremer Friedensforum sieht in der Einstellung eines Berufssoldaten für die pädagogische Betreuung in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme

einen weiteren Schritt auf dem Weg der zunehmenden Militarisierung des öffentlichen Lebens. Wer solche Entscheidungen trifft, wird in Zukunft auch die Einstellung von Berufssoldaten als Lehrer in öffentlichen Schulen fordern. Darüber hinaus ist die Einstellung eines Berufssoldaten in einer KZ-Gedenkstätte unerträglich, da die Bundeswehrführung keine Skrupel kennt, wenn Bundeswehrsoldaten mit Veteranen der Nazi-Wehrmacht gemeinsame Gedenkfeiern abhalten, zum Beispiel jährlich in Mittenwald. Deren Veteranen gehörten der berüchtigten 1. Gebirgsdivision an, die 1943 in Griechenland 5.200 italienische Kriegsgefangene ermordet und 207 Dörfer dem Erdboden gleichgemacht hat. Das Bremer Friedensforum weist darauf hin, dass die KZ-Gedenkstätte in

Neuengamme auch für Bremen von großer Bedeutung ist, da es hier mehrere Nebenlager dieses KZs gab, unter anderem in Farge, deren Häftlinge am Bau des U-Boot-Bunkers arbeiten mussten. Das Bremer Friedensforum fordert von der verantwortlichen Kulturbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg die sofortige Beendigung der Mitarbeit des Berufssoldaten in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und dass sie den Verzicht auf die Mitarbeit eines bisherigen Museumspädagogen rückgängig macht.

Newsletter Bremer Friedensforum 11/2008

„...mit großem Interesse habe ich den Bericht: «Zug der Erinnerung» in BAF 5/2008 gelesen.“ Auch er, Herr Triller, hat die Ausstellung in diesem Sonderzug gesehen. Er würdigt deren außerordentliche Bedeutung. „Sie zeigt“, so schreibt er in seinem Brief, „das Schicksal der Verfolgung von jüdischen Kindern, Kindern von Sinti und Roma, auch Kindern, deren Eltern gegen das NS-Regime aufstanden. Unwillkürlich muss man auch an die so genannten „Bibelforscherkinder“ denken, Kinder von Zeugen Jehovas. Unüberschaubar ist die Anzahl der Zeugen Jehovas, denen man die elterliche Fürsorge durch einen gerichtlichen Beschluss entzog und deren Kinder fremden Familien zugeteilt wurden unter NS-Aufsicht. Oder die «Bibelforscherkinder» wurden wegen Verweigerung des Hitler-Grußes und ihrer Weigerung, der Hakenkreuzfahne Ehre zu erweisen, in

Umerziehungsheime gesteckt, einige wurden zwangsadoptiert, mit einigen «Bibelforscherkindern» machte man medizinische Experimente und einige verloren sogar ihr Leben. Herr Triller schreibt dann, dass bis jetzt 1.402 Fälle von betroffenen Kindern namentlich erfasst sind und bringt dann einige Beispiele. Auch die Zwillinge Otto und Ludwig Bruser aus Bremen sind darunter. Otto Bruser wurde in Halle 18-jährig enthauptet, sein Bruder überlebte. Herr Triller erhielt unseren BAF, als wir darin über die Stolpersteinsetzung für den Bremer Zeugen Jehova Alfred Bostelmann berichteten, der im Februar 1943 wegen der Verweigerung des Wehrdienstes hingerichtet wurde. Er schrieb uns, dass er seit Jahren das Schicksal dieser Gruppe von Verfolgten des NS-Regimes recherchiert. Eine Arbeit, die hohe Achtung verdient. Die Redaktion des BAF bedankt sich ganz

herzlich für seine Leserschrift.

BAF-Redaktion

www.vvn-bda.de

„Der Bremer Antifaschist“, kurz BAF, ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA) und erscheint monatlich.

Wir sind **Am Speicher XI Nr. 9**, 28217 Bremen, erreichbar.

Beim BLG-Forum - nicht im Speicher XI

Tel.: 0421/38 29 14 - Fax: 0421/38 29 18

Montag: 17:00 - 18:00 Uhr

Donnerstag: 18:00 - 19:00 Uhr

E-Mail: bremen@vvn-bda.de

Internet: www.bremen.vvn-bda.de

Internet: www.kueste.vvn-bda.de

Für unsere Unterstützung unserer Arbeit:

Die Sparkasse in Bremen

BLZ: 29050101 - Konto-Nr.: 1031913

Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder über unser Büro (382914 bzw. bremen@vvn-bda.de) oder über Raimund Gaebelein (6163215 oder 0173-9350476) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich am letzten Montag eines Monats von 18:00 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats

V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelein

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Mich interessieren folgende Themen:

- Einwanderer und Flüchtlinge
- Rassismus
- Neofaschismus
- Frieden/Antimilitarismus
- Erinnerungsarbeit

- Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- Ich bin bereit einzelne Aktionen zu unterstützen.
- Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- Ich möchte den „Bremer Antifaschist“ probeweise / regelmäßig beziehen.

Name _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Bremen, den _____